Sachverhalt / Begründung:

Die gpa NRW hat gemäß § 105 Abs. 3 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) neben der allgemeinen Prüfung der Haushaltswirtschaft auch die Prüfung der bestimmungsgemäßen Verwendung von gewährten zweckgebundenen Staatszuweisungen zur Aufgabe.

Die gpa NRW hat die ordnungsgemäße Verwendung der bewilligten Landesmittel in den Schuljahren 2017/2018 und 2018/2019 geprüft und das Ergebnis mit dem Prüfbericht im Jahr 2020 vorgelegt.

Gem. § 105 Abs. 6 der GO legt hiermit der Bürgermeister den Prüfbericht dem Rechnungsprüfungsausschuss mit seiner Stellungnahme zur Beratung vor.

Der Rechnungsprüfungsausschuss unterrichtet den Rat über das Ergebnis seiner Beratungen.

Gem. § 105 Abs. 7 GO NRW ist ein Ratsbeschluss über die Stellungnahme zu den getroffenen Feststellungen und Empfehlungen herbeizuführen.

Hierzu wurde durch die gpa NRW eine Frist bis zum 03.07.2021 gewährt.

Die Feststellungen und Empfehlungen der gpa NRW konnten bislang schon überwiegend umgesetzt werden.